Freie Demokraten

Kreisverband Chemnitz FDP

Antragsbuch zum 40. Kreisparteitag

07.11.2026

Antragssteller: Clemens Heydrich, Jonas Herrmann, David Kessler

Antrag S01: Reduzierung CO2-Ausstoß im städtischen Fuhrpark

Der Kreisparteitag möge beschließen

Die FDP soll sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung beauftragt wird die Beschaffungsvoraussetzungen für den Einkauf und die Bevorratung von regenerativem Diesel zu überprüfen. Dabei ist zunächst festzustellen, welche Fahrzeuge der Stadt Chemnitz bzw. der Eigenbetriebe für diese Art Kraftstoff zugelassen sind.

Bei einer möglichen nächsten Ausschreibung von Dieselkraftstoff für eigene Tankanlagen wird HVO100 ausgeschrieben. Auch an öffentlichen Tankstellen sollen städtische Fahrzeuge bevorzugt mit HVO betankt werden, sofern dieser Kraftstoff verfügbar ist.

Es soll geprüft werden, inwiefern bei städtischen Netzersatzanlagen (Notstromgeneratoren) künftig HVO100 eingesetzt werden kann, da dieser Treibsoff im Gegensatz zu fossilem Diesel resistent gegen bakteriellen Befall (Dieselpest) bei längerem Nichtbetrieb ist

Die Stadt soll zudem berichten, wie viele Liter Diesel die städtischen Fahrzeuge pro Jahr verbrauchen und wie viel Tonnen CO2 durch Umstellung auf HVO100 einsparen ließen.

Weiterhin soll die Stadt sich mit den Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) abstimmen, wie die SSB ihre Fahrzeugflotte schnellstmöglich von GTL und fossilem Diesel auf den Betrieb mit HVO100 umstellt bzw. umgestellt hat.

Begründung:

Die Stadt Chemnitz hat sich verpflichtet bis spätestens 2040 klimaneutral sein. Für dieses Ziel müssen alle Optionen genutzt werden, besonders solche, die geringen zeitlichen Aufwand und kaum Kosten für geänderte Infrastruktur, Umrüstung oder Neuanschaffung verursachen. Alle Diesel-Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark und bei ihren Tochterunternehmen mit dem Kraftstoff HVO100 und bei Verfügbarkeit mit steigenden Anteilen E-Diesel zu betanken ist so eine einfache Lösung.

HVO100 ist ein synthetischer Dieselkraftstoff, hergestellt aus Rest- und Abfallstoffen (Hydrotreated Vegetable Oil). Seit 29. Mai 2024 ist dieser als Reinkraftstoff auch an öffentlichen Tankstellen in Deutschland erhältlich. HVO100 reduziert bis zu 90 Prozent CO2-Emissionen gegenüber herkömmlichem Diesel. Seit 2025 werden beispielsweise alle von BMW in Deutschland produzierten Dieselmodelle bei Auslieferung mit dem Diesel-Ersatzkraftstoff HVO100 befüllt und anschließend an Kunden ausgeliefert.

Antragssteller: Clemens Heydrich, Jonas Herrmann, David Kessler

Antrag S02: Erweiterung des Bürgerservice – Prüfung und Konzeptionierung einer Dokumentenabholbox

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP soll sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Verwaltung eine Dokumentenabholbox für das Bürgeramt einrichtet.

Hierbei soll überprüft werden, inwiefern eine Dokumentenabholbox in die Prozesse des Bürgeramtes integriert werden kann. Gleichzeitig ist zu ermitteln, mit welchen Kosten die Anschaffung einer solchen Box verbunden ist. Standorttechnisch ist abzuprüfen, wo am effektivsten eine Dokumentenabholbox aufgestellt werden kann, um den bestmöglichen Bürgerservice anbieten zu können. Die Größe der Box in Form der Fächeranzahl soll sich dabei an realistischen Abholungen aus den letzten Jahren orientieren.

Rechtlich bzw. umsetzungstechnisch soll überprüft werden, welche Arten von Dokumenten in der Box hinterlegt werden können. Zielsetzung soll sein, dass möglichst viele Arten von Dokumenten für eine Abholung in der Box qualifiziert werden können.

Bei künftigen Abholungen ist zu gewährleiten, dass Antragsstellende die Wahlfreiheit einer Abholung im Bürgeramt oder in der Dokumentenabholbox haben. Gleiches gilt auch, wenn die Antragsstellung in anderen Bürgerservicestellen erfolgt.

Im Zuge der Prüfung ist Kontakt mit Städten aufzunehmen, welche bereits dieses Angebot haben. Beispielhaft ist die Stadt Bochum zu nennen, die bereits seit Mai 2024 dieses Konzept erfolgreich und rechtssicher umgesetzt hat.

Begründung:

Derzeit müssen beantragte Dokumente (Ausweise, Führerscheine, etc.) im Bürgeramt persönlich beantragt und nach Erstellung auch abgeholt werden. Da jede Abholung einen Zeitslot für einen Sachbearbeiter benötigt, sind dadurch zahlreiche Personalarbeitsstunden in die Ausgabe der Dokumente geflossen. Personalstunden, die an anderen Stellen des Bürgeramtes dringend benötigt werden.

Um das digitale Serviceangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erweitern, kann hierbei eine Dokumentenbox installiert werden. In dieser können – ähnlich wie bei den Packstationen – in den jeweiligen Fächern durch die Bediensteten der Stadtverwaltung abholbereite

Dokumente hinterlegt werden und durch die Antragssteller innerhalb weniger Sekunden abgeholt werden. Bei der Beantragung ist abzufragen, ob diese Art der Ausgabe gewünscht ist oder nicht. Falls ja, so muss eine Handynummer hinterlegt werden, an die ein PIN-Code für das Fach zur Abholung geschickt wird. Bei der Box ist eine mehrfache Authentifizierung bei der Abholung sicherzustellen: Eingabe der Handynummer, Eingabe des zugeschickten PIN-Codes sowie das Einlegen des abgelaufenen Dokumentes. Hilfsweise kann bei Verlust des alten Dokumentes oder Neubeantragung auch das Geburtsdatum abgefragt werden.

Vorteilhaft für die Bürgerinnen und Bürger ist das vergleichsweise flexible Abholen der Dokumente, ganz ohne Terminvergabe und Warten. Je nach Standort der Box könnten Dokumente entweder im Rahmen der Öffnungszeiten des Bürgeramtes ausgehändigt werden oder sogar rund um die Uhr, insofern dies der Standort sicherheitstechnisch zulässt.
Auch für die Stadtverwaltung können Vorteile entstehen, so durch die Einsparung der Personalstunden für die Dokumentenausgabe, des flexibleren Einsatzes der Bediensteten im Bürgeramt und zur Entlastung der dort eingesetzten Mitarbeiter.

Antragssteller: Clemens Heydrich, Jonas Herrmann

Antrag S03: Einführung Digitales Fundbüro

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP soll sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Verwaltung ein Digitales Fundbüro einrichtet.

Vorrangig soll geprüft werden, wie das vom Freistaat Sachsen angebotene Tool nach dem Online-Zugangsgesetz möglichst weitführend genutzt werden kann.

Zur besseren Einordnung in die Prozesse wird eine Kontaktaufnahme mit den Städten Leipzig und/oder Werdau empfohlen, welche bereits dieses Serviceangebot nutzen.

Begründung:

Wer etwas verliert, kann im Fundbüro anfragen, ob es dort hinterlegt wurde. Der Freistaat Sachsen bietet zur digitalen Katalogisierung der Fundsachen die EfA-Lösung (Eine-für-alle-Lösung) an. Dort können neben abgegebenen Fundsachen auch Verlustmeldungen erstellt und abgeglichen werden, sodass ein schnelleres Finden ermöglicht wird. Die Software wird u.a. auch von Verkehrsverbunden genutzt. Somit können Bürgerinnen und Bürger unabhängig der Öffnungszeiten des Fundbüros schauen, ob ihr verlorengegangene Sache bereits abgegeben wurde. Gleichzeitig können sie einfacher benachrichtigt werden, insofern sie eine Verlustmeldung machen und der Gegenstand im Fundbüro abgegeben wird.

Beispielhaft seien die Seiten der Stadt Leipzig (https://www.leipzig.de/service-portal/themen-und-lebenslagen/sicherheit-und-ordnung/fundbuero/fundsuche) und der Stadt Werdau (https://www.werdau.de/de/aktuelle-meldungen/digitales-fundbuero-der-stadt-werdau.html) aufgeführt.

Antragssteller: Christian Vogel, Mario Haumann

Antrag S04: Sächsisches Waldgesetz modernisieren – Freies Reitrecht ermöglichen, ländlichen Raum stärken

Der Kreisparteitag der FDP Chemnitz möge beschließen:

Die FDP Chemnitz fordert die FDP Sachsen auf, sich für eine grundlegende Reform und Liberalisierung des Reitrechts im Rahmen des Sächsischen Waldgesetzes ($SächsWaldG$) einzusetzen.

Im Einzelnen fordert die FDP Chemnitz:

1. Abkehr vom generellen Reitverbot: Ersetzung der aktuellen Ausnahmeregelung (§ 12 Abs. 1 SächsWaldG) durch das im Bundeswaldgesetz verankerte Prinzip, nach dem das Reiten im Wald auf allen dafür geeigneten festen Straßen und Wegen grundsätzlich gestattet ist.

2. Gefahrenbezogene Einzelsperrungen statt flächendeckendem Verbot: Eine Einschränkung des Reitrechts darf künftig nur noch im Einzelfall und aus sachlich begründeten Motiven (z. B. akuter Naturschutz, akute Erosionsgefahr oder temporäre Forstbetriebsarbeiten) durch die zuständigen Behörden erfolgen.

3. Abschaffung bürokratischer Sonderabgaben: Die ersatzlose Streichung der sächsischen Reitwegeabgabe sowie der damit verbundenen Verwaltungsinfrastruktur.

4. Förderung des sanften Tourismus: Gleichstellung von Reitern mit anderen Erholungssuchenden (wie Radfahrern und Fußgängern) zur Erhöhung der Attraktivität der sächsischen Kulturlandschaft und des ländlichen Raums um Chemnitz und den Erzgebirgsvorland-Bereich.

Begründung:

Das derzeitige Sächsische Waldgesetz verfolgt beim Reiten im Wald ein veraltetes System der Verbotskultur mit Erlaubnisvorbehalt. Sachsen gehört damit bundesweit zu den schärfsten und restriktivsten Regulierern. Während in Bundesländern wie Bayern oder Rheinland-Pfalz das Reiten auf allen geeigneten Wegen seit Jahren problemlos funktioniert, schränkt die sächsische Regelung die Freiheit der Bürger unnötig ein.

1. Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung:

Die Erfassung, Ausweisung und Beschilderung exklusiver Reitwege sowie das Einsammeln und Verwalten der Reitwegeabgabe erzeugen in den Behörden einen immensen

bürokratischen Wasserkopf. Das Einnahmen-Kosten-Verhältnis dieser Sonderabgabe steht in keinem gesunden Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Im Sinne einer schlanken Verwaltung und des liberalen Kernversprechens zum Abbau kleinerer Sonderabgaben muss dieses System beendet werden.

2. Stärkung des ländlichen Raums und des Reittourismus:

Pferdehaltung und Reitsport sind im Umland von Chemnitz und in ganz Sachsen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Landwirtschaft, Höfe, Vereine und den lokalen Tourismus. Ein lückenhaftes und starr geregeltes Reitwegenetz verhindert attraktive Rundkurse und bremst das Potenzial des Wanderreittourismus massiv aus.

3. Verkehrssicherheit und Unfallprävention:

Das aktuelle Verbot treibt Reiter mangels zusammenhängender Waldreitwege häufig auf befahrene Land- und Kreisstraßen. Die Öffnung breiter Wald- und Wirtschaftswege verlagert den Reitverkehr zurück in die Natur und erhöht die Sicherheit für Reiter, Pferde und Kraftfahrer gleichermaßen.

4. Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung:

Freizeitsportler, Wanderer, Radfahrer und Reiter nutzen den Wald gemeinsam zur Erholung. Konflikte lassen sich durch gegenseitige Rücksichtnahme und Eigenverantwortung lösen – nicht durch pauschale Verbote. Wo sensible Naturschutzgebiete oder schmale, stark frequentierte Pfade geschützt werden müssen, reicht das Instrumentarium gezielter Einzelsperrungen vollkommen aus.

Antragssteller: Christian Vogel, Mario Haumann

Antrag S05: Lebensrettung als Kernkompetenz: Erste-Hilfe-Maßnahmen nachhaltig im Lehrplan verankern

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Chemnitz setzt sich dafür ein, dass die Durchführung und Auffrischung von Erste-Hilfe-Maßnahmen als fester Bestandteil in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen im Freistaat Sachsen verankert werden.

Im Einzelnen fordert die FDP Chemnitz:

1. Praktische Einheiten ab Klasse 7: Ab der 7. Jahrgangsstufe soll für alle Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verpflichtend mindestens einmal pro Halbjahr eine praxisnahe Unterrichtseinheit zu grundlegenden Erste-Hilfe-Maßnahmen stattfinden.

2. Fokus auf Kernmaßnahmen: Die Einheiten sollen schwerpunktmäßig die Prüf-Ruf-Drück-Kette, die Wiederbelebung (Laienreanimation) sowie den Umgang mit automatisierten externen Defibrillatoren (AED) umfassen.

3. Effiziente Organisation: Der Unterricht soll zeitsparend und praxisnah gestaltet werden (z. B. im Rahmen des Sport- oder Biologieunterrichts oder durch Projekttage). Zur Umsetzung sollen Kooperationen mit Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und ausgebildeten Lehrkräften gestärkt werden.

Begründung:

Ein plötzlicher Herz-Kreislauf-Stillstand kann jeden Menschen zu jeder Zeit treffen. In Deutschland erleiden jährlich zehntausende Menschen einen Herzstillstand außerhalb von Krankenhäusern. Die Überlebenschance hängt maßgeblich davon ab, wie schnell Ersthelfer vor Ort mit einer Laienreanimation beginnen.

Während in vielen Ländern (wie beispielsweise Dänemark) Reanimationsunterricht an Schulen bereits seit Jahren verpflichtend verankert ist und dort signifikant höhere Überlebensraten erzielt werden, hinkt Deutschland bei der Ersthelfer-Quote hinterher. Häufigste Ursache dafür ist nicht mangelnder Hilfswille, sondern die Angst vor Fehlern sowie fehlende Routine.

Ein einmaliger Erste-Hilfe-Kurs für den Führerschein reicht nicht aus, um das nötige Handlungswissen dauerhaft im Gedächtnis und als automatisierten Reflex zu verankern.

Durch regelmäßige, halbjährliche Auffrischungen ab der 7. Klasse – einem Alter, in dem Jugendliche physisch und kognitiv voll in der Lage sind, eine effektive Herzdruckmassage durchzuführen – wird die Hemmschwelle zur Hilfeleistung nachhaltig abgebaut.

Aus liberaler Sicht stärkt diese Maßnahme die Eigenverantwortung, Zivilcourage und die gegenseitige Verantwortung in einer freien Gesellschaft. Durch die frühzeitige und regelmäßige Vermittlung dieser Grundfertigkeiten befähigen wir junge Menschen, im Notfall Verantwortung zu übernehmen und Menschenleben zu retten.

Antragssteller: Mario Haumann

Antrag S06: Tourismus und Gastgewerbe nachhaltig stärken: Aktive Akquise von Klein- und Mittelveranstaltungen für Chemnitz

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die Stadträte der FDP Chemnitz setzen sich im Stadtrat dafür ein, eine gezielte Strategie zur Belebung des Städtetourismus durch die aktive Ansiedlung von kleinen bis mittleren Veranstaltungen (u. a. Nachwuchs- und Amateursportmeisterschaften, Handwerkswettbewerbe, Fach- und Verbandstagungen) umzusetzen.

Hierzu soll die Stadtverwaltung folgende Kernmaßnahmen initiieren:

1. Aufbau einer zentralen Anlaufstelle für Vereine und Verbände:

Für lokale wie überregionale Ausrichter soll eine zentrale, unbürokratische Koordinierungsstelle geschaffen werden, die Hallenzeiten, Genehmigungsverfahren, Sicherheitskonzepte und städtische Förderbausteine (z. B. gestaffelte Rabatte bei städtischen Hallengebühren bei nachgewiesener Hotelwertschöpfung) aus einer Hand bündelt.

2. Integration des Kulturhauptstadt-Erbes als Rahmenprogramm:

Teilnehmern und Angehörigen sollen standardisierte touristische Rahmenprogramme (z.B. Entdeckertouren entlang des Purple Path, Angebote zur Industriekultur, Kultur- und Gastronomiegutscheine) zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Das Kulturhauptstadtjahr 2025 hat eindrucksvoll gezeigt, welches Potenzial im Tourismus- und Veranstaltungsort Chemnitz steckt. Nach dessen Ende besteht jedoch die Gefahr, dass die Besucher- und Übernachtungszahlen wieder zurückgehen, da Chemnitz nicht mehr im bundes- oder gar europaweiten Fokus der Medien steht und es keine großen Leuchtturm-Events mehr gibt, die durch ihre Strahlkraft Besucher in die Stadt locken. Die Schließung prägender Häuser wie des Congress Hotels verdeutlicht den akuten Handlungsbedarf für unser lokales Gastgewerbe, den Einzelhandel und die Gastronomie.

Um die vorhandenen Hotel- und Tagungskapazitäten kontinuierlich und verlässlich auszulasten, reicht es nicht aus, auf den klassischen Individualtourismus zu warten. Die gezielte Akquise von Sport- und Handwerksmeisterschaften im Nachwuchs- und Amateurbereich bietet hierfür den idealen Hebel:

Echter Botschafter-Effekt: Über Bundes- und Landeswettbewerbe von Sport-, Handwerks- und Fachverbänden kommen Sportlerinnen, Schiedsrichter, Betreuerteams und ganze Familien nach Chemnitz, die unsere Stadt zuvor meist nicht als Reiseziel in Betracht gezogen haben. Sie erleben Chemnitz als moderne, gastfreundliche und facettenreiche Stadt und tragen dieses positive Bild als Multiplikatoren bundesweit weiter.

Verlässliche Wertschöpfung bei geringem finanziellem Risiko: Im Gegensatz zu kostspieligen Großevents verursachen Meisterschaften im Klein- und Mittelbereich überschaubare kommunale Vorlaufkosten, füllen aber gezielt Wochenenden sowie die schwächere Nebensaison (Herbst/Winter) und nutzen unsere bestehende Infrastruktur (z.B. Sportforum, Richard-Hartmann-Halle, Messe usf.) optimal aus.

Mit diesem strategischen Vorstoß sichern wir Arbeitsplätze im Gastgewerbe, stärken die Vereinslandschaft und nutzen die Strahlkraft des Kulturhauptstadt-Erbes für eine dauerhafte Belebung unserer Stadt.

Antragssteller: Christian Vogel, Clemens Heydrich

Antrag S07: Erweiterung der Schutzmaßnahmen im ASD

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP soll sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass konkrete Schutzmaßnahmen und eine Minimierung von Risiken im Bereich des ASD des Jugendamtes vorangetrieben werden. Dies soll umfassen:

1. Gefährdungsbeurteilung: Regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen aktueller Fälle in allen Teams des ASD, die Außentermine bei Klienten des Jugendamtes wahrnehmen. Falls es noch kein einheitliches Schutzkonzept gibt, so ist es zu erstellen oder ein bestehendes ist zu überprüfen und zu aktualisieren.

2. Weiterbildungen: Durch Sachgebietsleitungen bzw. Teamleitungen müssen stärker aktiv Maßnahmen ergriffen werden, um präventiv das Gefährdungsrisiko der Mitarbeitenden des ASDs zu senken. Konkret sollen z.B. proaktiv Kurse angeboten werden, in denen die Mitarbeitenden in Deeskalation, Konfliktkommunikation oder ggf. Selbstverteidigung geschult werden. Dazu sollen regelmäßig Angebote an die Mitarbeitenden zur Auffrischung gemacht werden.

3. Schutzausrüstung: In Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt soll geeignete Schutzausrüstung beschafft werden, um den Mitarbeitenden einen höchstmöglichen Schutzgrad hinsichtlich körperlicher Angriffe zu ermöglichen. In erster Linie sollen in Zahl und Qualität ausreichend vorhandene Stich- und Schnitthemmende Schutzwesten als sog. Unterziehwesten beschafft werden.

4. Technische Ausrüstung: Es muss sichergestellt werden, dass alle Mitarbeitenden im Außendienst dauerhaft ein Diensthandy zur Verfügung gestellt bekommen, um dienstliche Telefonate oder z.B. die Navigation zu Klienten datenschutzkonform tätigen zu können. Es ist zu überprüfen, ob dies durch Personen-Notfall-Geräte (PNG) wie beispielsweise dafür geeignete Uhren eingeführt werden, über die mittels Knopfdrucks ein Notruf an den Stadtordnungsdienst abgesetzt werden kann, der automatisch auch die GPS-Daten übermittelt.

5. Infrastruktur der Büros: Alle Büros mit Bürgerkontakt müssen einrichtungstechnisch darauf ausgelegt werden, dass für Mitarbeitenden der Fluchtweg aus dem Büro ohne Hindernisse ermöglicht wird. Das externe Sicherheitspersonal muss zudem synchron zu den Sprechstunden des ASD im Gebäude verfügbar sein. Weiterhin muss jeder Arbeitsplatz mit

Bürgerkontakt über einen separaten stillen Alarmknopf verfügen, um deeskalierend Unterstützung herbeirufen zu können. Dies betrifft aktuelle sowie zukünftige Liegenschaften.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Antragssteller: Max Eisold, Christian Vogel, Gabriel Fritz, Helene Zill, Jan-Luca Junghänel

Antrag S08: Lehrernachwuchs statt Selbstvermarktung: FSJ Pädagogik erhalten

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Chemnitz lehnt die geplante Streichung der Landesfinanzierung für das FSJ Pädagogik ab 2027 ab. Wir fordern Staatsregierung und Landtag auf,

1. die Refinanzierung der Einsatzstellenbeiträge im Doppelhaushalt 2027/2028 beizubehalten, gegenfinanziert durch Absenkung des Ansatzes für die Standortkampagne „So geht sächsisch.“ (Kap. 02 01, Tit. 531 05) von 4,5 auf 3,3 Millionen Euro jährlich, und

2. die Finanzierung noch 2026 verbindlich zuzusagen, damit das Bewerbungsverfahren für 2027/2028 wieder öffnen kann.

Begründung:

Seit 2013 haben fast 2.500 junge Menschen ein FSJ Pädagogik an sächsischen Schulen gemacht, 2026 sind es 178. 73 Prozent der befragten Ehemaligen studieren Lehramt, sind im Referendariat oder unterrichten. Zwei Drittel davon sind in Sachsen, überwiegend außerhalb von Dresden und Leipzig. Das Kultusministerium hat das Programm noch im März 2026 auf der Leipziger Buchmesse beworben.

Das Land trägt 562 von 859 Euro pro Platz und Monat. Ohne diesen Anteil gibt es keine Plätze an öffentlichen Schulen. Die DKJS hat das Bewerbungsportal für 2027 bereits geschlossen.

Die Einsparung von rund 1,2 Millionen Euro im Jahr ist weniger als 0,01 Prozent des Landeshaushalts, rund 14.000 Euro je künftiger sächsischer Lehrkraft. Gleichzeitig erhöht die Staatsregierung den Etat ihrer Imagekampagne „So geht sächsisch.“ 2027 um 550.000 Euro auf 4,5 Millionen Euro, obwohl die Kampagne 2025 mit 3,4 Millionen Euro auskam. Wer Lehrkräfte gewinnen will, sollte in junge Menschen investieren, die diesen Beruf ergreifen wollen, statt in Werbung für das eigene Image.

Antragssteller: Eduard Jenke, Yvonne Kilian

Antrag S09: Chemnitz braucht junge Menschen und junge Menschen brauchen Perspektiven - Leitbild zur Berufs- und Studienorientierung der Stadt Chemnitz fortschreiben

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die FDP Chemnitz spricht sich dafür aus, das Leitbild zur Berufs- und Studienorientierung der Stadt Chemnitz aus dem Jahr 2018 gemeinsam mit den beteiligten Akteuren fortzuschreiben.

Dabei soll auf den bewährten Grundlagen aufgebaut und das Leitbild an die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahre angepasst werden.

Ziel ist es, die Berufs- und Studienorientierung in Chemnitz weiterzuentwickeln, um junge Menschen noch besser beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf zu unterstützen und gleichzeitig die regionale Wirtschaft bei der Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte zu stärken.

Im Rahmen der Fortschreibung sollen insbesondere folgende Themen berücksichtigt werden:

• die Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes in Chemnitz,

• Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit,

• Möglichkeiten zur Senkung von Ausbildungs- und Studienabbrüchen,

• die Veränderungen der Arbeitswelt und der Berufsbilder sowie die Anforderungen der regionalen Wirtschaft an die Fachkräfte von morgen,

• die Auswirkungen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz auf Ausbildung und Beruf,

• die stärkere Einbindung regionaler Unternehmen in die Berufs- und Studienorientierung,

• die Förderung individueller Talente und Fähigkeiten junger Menschen,

• die stärkere Vernetzung bestehender Gremien und Netzwerke der Berufs- und Studienorientierung mit dem Wirtschaftsbeirat der Stadt Chemnitz

Begründung:

Mit dem Leitbild zur Berufs- und Studienorientierung hat die Stadt Chemnitz im Jahr 2018 gemeinsam mit zahlreichen Partnern eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit in diesem Bereich geschaffen. Viele der damals formulierten Ziele haben bis heute Bestand und bilden eine gute Basis für die Berufs- und Studienorientierung in unserer Stadt.

Seit seiner Verabschiedung haben sich die Rahmenbedingungen jedoch deutlich verändert. Die Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, neue Technologien und veränderte wirtschaftliche Anforderungen verändern Berufsbilder und Qualifikationen. Gleichzeitig entwickelt sich auch die Wirtschaftsstruktur in unserer Region weiter und stellt neue Anforderungen an die Fachkräfte von morgen.

Hinzu kommt eine Entwicklung, die Anlass zum Handeln gibt: Trotz vieler Ausbildungs- und Studienangebote gelingt zahlreichen jungen Menschen der Übergang von der Schule in Ausbildung oder Studium nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit in Chemnitz ist bedauerlicherweise stark angestiegen.

Diese Entwicklung macht deutlich, dass Berufs- und Studienorientierung heute mehr leisten muss als die Vermittlung von Informationen über Berufe. Sie muss junge Menschen frühzeitig begleiten, individuelle Stärken sichtbar machen und sie dabei unterstützen, eine tragfähige Entscheidung für ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg zu treffen.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, Bewährtes infrage zu stellen. Vielmehr bietet die Fortschreibung des Leitbildes die Chance, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortzuführen und um neue Herausforderungen zu ergänzen.

Eine erfolgreiche Berufs- und Studienorientierung gelingt nur gemeinsam. Schulen, Unternehmen, Hochschulen, Kammern, Bildungsträger, die Agentur für Arbeit und die Stadt Chemnitz leisten bereits heute wichtige Beiträge. Dieses Netzwerk sollte weiter gestärkt werden.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeitskreis Schule-Wirtschaft und dem Wirtschaftsbeirat der Stadt Chemnitz künftig noch enger gestaltet werden kann. Beide Gremien verfolgen das gemeinsame Ziel, den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Chemnitz zu stärken. Eine stärkere Vernetzung bietet die Chance, Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt frühzeitig zu erkennen, Bedarfe der regionalen Wirtschaft in die Berufs- und Studienorientierung einfließen zu lassen und gemeinsame Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Die Fortschreibung des Leitbildes sollte deshalb nicht nur als Aktualisierung eines bestehenden Dokumentes verstanden werden. Sie bietet die Chance, Berufs- und

Studienorientierung als wichtigen Bestandteil der Fachkräftesicherung und der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt weiterzuentwickeln. Davon profitieren junge Menschen ebenso wie Unternehmen und letztlich der Bildungs- und Wirtschaftsstandort Chemnitz insgesamt